



Wir berichten, was andere verschweigen.

www.kpoe-steiermark.at  
**Steierische  
Volksstimme**

Landtags-Infoblatt der KPÖ – Sitzungen 13.12.2011 u. 17.1.2012

# Aus dem steirischen Landtag

**KPÖ** informiert aus erster Hand



## Irreparabler Schaden für die Steiermark

**Claudia Klimt-Weithaler: Alle Einsparungen auf Kosten der großen Masse**

*Kurz vor Jahresende haben die selbst ernannten „Reformpartner“ von SPÖ und ÖVP in einer Aussendung Bilanz über ihre politischen „Höhepunkte des Jahres“ gezogen und geizten dabei nicht mit Eigenlob. KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler erinnert daran, dass die aufgezählten „Reformschritte“ in erster Linie die große Masse der nicht wohlhabenden Steirerinnen und Steirer treffen. Steuerprivilegien wie jene der Glücksspielindustrie werden hingegen nicht angetastet.*

Als „wegweisend“ hervorgehoben werden in der Bilanz die völlig misslungene Mindestsicherung, die Einführung einer Kindergartensteuer für Eltern, die massiven Kürzungen im Bereich der Behindertenhilfe und der Jugendwohlfahrt. Die in der Aussendung aufgestellte Behauptung, der Landtag habe eine „Nulllohnrunde für Politiker“ beschlossen, ist schlicht unwahr: Bis heute wurde eine solche Regelung nicht beschlossen – ganz im Gegensatz zur Nulllohnrunde für alle Gemeindebediensteten, die auch für die kleinsten Bezüge ohne Ausnahme verhängt wurde.

Klimt-Weithaler: „Jedes weitere Jahr dieser Komplizenschaft aus SPÖ und ÖVP richtet irreparablen Schaden für unser Bundesland an. Schulen, Krankenhäuser, Kindergärten, Woh-

nungen, Pflegeheime – nichts ist vor Voves und Schützenhöfer sicher. Für die Finanzierung der Vollkaskoversicherung für Spekulanten ist nichts zu teuer, eine Milliarde nach der anderen wird ohne Diskussion in den Euro-Rettungsschirm gezahlt. Dafür lässt sich die Regierung noch feiern, wenn sie das Geld dafür den Klein- und NormalverdienerInnen aus der Tasche zieht und die öffentliche Infrastruktur zugrunde richtet.



**Vollkasko-Versicherung für Finanzmärkte**

Drei Tage vor Weihnachten treten LH

Voves und sein Stellvertreter Schützenhöfer erneut vor die Kamera, um lächelnd die Schließung von Schulen und Krankenhäusern im Jahr 2012 anzukündigen. Diese würden zu viel Geld kosten, das nicht vorhan-

den sei. Später wurde diese Maßnahme als „Qualitätssicherung“ verkauft. Zwei Tage zuvor hat die EU 489,2 Milliarden Euro in die Finanzmärkte gepumpt, damit diese trotz hochriskanter Spekulationsgeschäfte schadlos gehalten werden.

„Voves und Schützenhöfer drohen noch schlimmere Verheerungen an, als sie bisher angerichtet haben. Viele müssen zittern, ob sie ihren Arbeitsplatz verlieren. Die Politik der Sozialabbaukomplizen fügt dem Land schweren Schaden zu“, so Klimt-Weithaler.

Über 15.000 Euro erhalten die steirischen Befehlsempfänger der Finanzmärkte pro Monat, damit der Geldstrom an die Banken nicht versiegt. Gerade wurden 500 Milliarden ausgeschüttet, weitere 300 Milliarden Euro wurden den Banken für das



**KPÖ-LAbg. Claudia Klimt-Weithaler**

erste Halbjahr 2012 in Aussicht gestellt. Klimt-Weithaler: „Wenn Voves und Schützenhöfer davon sprechen, dass kein Geld vorhanden ist, dann streuen sie den Leuten Sand in die Augen. Jeder Euro, der bei einer Schule oder einem Krankenhaus eingespart wird, dient dazu, die europäische Vollkaskoversicherung für Spekulanten zu finanzieren. Die künstlichen Beatmung des gescheiterten Euro-Experiments kostet zu viel Geld, hier sollte endlich gespart werden.“

## Gratis-Öffentlicher Verkehr bei Feinstaubalarm

Die Feinstaubsituation in der Steiermark und speziell in Graz ist, wie Ärztinnen und Ärzte bestätigen, gesundheitsgefährdend. Die Situation muss durch konkrete Maßnahmen verbessert werden. Gegenseitige Schuldzuweisungen wie etwa zwischen der Grazer Verkehrsstadträtin

Rücker und Verkehrslandesrat Kurzmann helfen keinem. Zusätzlich zu den schon vorgelegten Maßnahmen sollte an Feinstaubalarmtagen die Benutzung der öffentlichen Verkehrsmittel im steirischen Verkehrsverbund kostenlos angeboten werden und für ausreichende Kapazitäten

Vorsorge getroffen werden. Erst dann dürfe über ein Fahrverbot, z.B. tageweise alternierend nach geraden und ungeraden Nummertafeln jeweils an geraden und ungeraden Tagen, verhängt werden, schlug die KPÖ dem Landtag vor. SPÖ, ÖVP und FPÖ lehnten den Vorschlag ab.

# Steiermark: Verschleuderung der Landeswohnungen droht!

## KPÖ: Land setzt mit Privatisierungsplan eigene Bonität aufs Spiel – Mieterinnen und Mieter werden informiert

In einer Pressekonferenz warnen LAbg. Werner Murgg und die Grazer Wohnungsstadträtin Elke Kahr (beide KPÖ) vor der Landtagssitzung am 17. Jänner vor einem bevorstehenden Verkauf der Wohnungen des Landes Steiermark. Die Verschleuderung der über 1300 Wohnungen weit unter dem tatsächlichen Wert sei nicht nur ein schwerer Fehler in der Wohnungspolitik, sondern gefährde auch die Bonität des Landes.

Vieles deutet auf eine bevorstehende Privatisierung der 1338 Wohnungen hin, von denen 885 noch im direkten Besitz des Landes und weitere 453 im Besitz der LIG stehen. So hat das Land bereits eine Studie in Auftrag

gegeben, die sich mit einem Verkauf beschäftigt. Ca. 90 Prozent der Wohnungen, die nicht nur von Landesbediensteten bewohnt werden, befinden sich in Graz.

In einem Schätzgutachten, das vor wenigen Jahren für einen Teil der Wohnungen erstellt wurde, sind diese extrem unterbewertet. So sei nicht nur eine Verschleuderung bis zu zwei Drittel unter dem tatsächlichen Wert zu befürchten, sondern auch eine sinkende Bonität des Landes. Immerhin stellen die Wohnungen einen hohen Wert dar, der auch bei der Bewertung des Risikos bei Krediten eine Rolle spielt.

Elke Kahr, KPÖ-Wohnungsstadträtin in Graz: „Der Verkauf



Privatisierung der Landeswohnungen? LAbg. Werner Murgg und KPÖ-Wohnungsstadträtin Elke Kahr warnen vor dieser Gefahr.

der Landeswohnungen entzieht unserer Stadt erneut gesicherten, leistbaren Wohnraum. Den brauchen wir aber mehr als dringend, es ziehen nicht nur begüterte Leute nach Graz. Der Besitz von Wohnungen garantiert dem Land immerhin auch gesicherte Einnahmen und einen bleibenden Wert. An bestehenden Mietverträgen kann – abgesehen von der zu erwartenden Verschlechterung in der Verwaltung – auch eine Privatisierung nicht viel ändern. Für künftige Mieterinnen und Mieter steigen die Kosten aber erfahrungsgemäß drastisch an.“

LAbg. Werner Murgg: „Das Land Steiermark und besonders die Stadt Graz haben einen hohen Bedarf an erschwinglichen Wohnungen. Der Verkauf hätte, abgesehen von einem kurzfristigen Budgeteffekt, auch für die Landesfinanzen äußerst negative Folgen. Es droht ein Verkauf weit unter dem tatsächlichen Wert, außerdem sichern die Wohnungen maßgeblich die Kreditwürdigkeit des Landes.“

Die KPÖ will die Mieterinnen und Mieter in Versammlungen sachlich über die Folgen eines Verkaufs informieren

## Millionenpleite Europeum: Großzügige Belohnung für Aufsichtsrat

### Land zahlt 35.000 Euro „Entschädigung“ aus

Eine Millionenpleite des Landes Steiermark stellt das Europeum in Mariazell dar. Das gescheiterte Konferenzzentrum, das bald in eine Lebzelterei umgewandelt werden soll, ist das Ergebnis von krassen Fehleinschätzungen, mangelndem Realitätssinn und fehlendem finanziellen Verantwortungsbewusstsein.

Wie ein Hohn wirkt angesichts der verschwendeten Millionen die Tatsache, dass LH Voves und

sein Stellvertreter Schützenhöfer in der Landtagssitzung am 17.1.2012 beschließen, den sieben Aufsichtsratsmitgliedern der „Europeum GmbH“ 35.000 Euro an Aufwandsentschädigung zur Verfügung zu stellen. Dies wird als „außerplanmäßige Ausgabe“ verbucht.

KPÖ-LAbg. Werner Murgg: „Der Aufsichtsrat war nicht unbeteiligt, als das Europeum in den Bankrott getrieben wurde. Auch wenn es für das Landesbudget nur ein Tropfen auf den heißen Stein ist, ist es skandalös, dass die Aufsichtsräte jetzt auch noch belohnt werden. In wichtigen Bereichen wie der Jugendwohlfahrt werden sinnvolle Leistungen gestrichen, weil angeblich kein Geld mehr dafür da ist. Für ein bestimmtes Klientel wird aber sogar außerplanmäßig das Budget geändert. So wird das Geld verschleudert.“



Elke Kahr. KPÖ

In harten Zeiten:  
Auf keinen Menschen vergessen!

## Wohnbeihilfe wird nicht valorisiert

Im Jahr 2006 wurde als „großer Wurf“ unter Landesrat Dr. Flecker die „Wohnbeihilfe neu“ eingeführt. BezieherInnen von Pensionen mit Ausgleichszulage bekamen je nach Wohnungsgröße und Miete maximal € 182,- an Wohnbeihilfe. Allerdings wurde die Wohnbeihilfe nie valorisiert, d.h. jede Pensionserhöhung in den Folgejahren zog eine Kürzung der Wohnbeihilfe nach sich, d.h. de facto hat die Kürzung der Wohnbeihilfe die Erhöhung der Pension zuniche-

te gemacht. Bereits mehrmals in den vergangenen Jahren hat die KPÖ eine Valorisierung der Wohnbeihilfe beantragt – allerdings ohne Erfolg. Betroffene zeigten in einer KPÖ-Pressekonferenz am 10. Jänner auf, wie viel sie verlieren und mit wie wenig Geld sie auskommen müssen.

Eine Valorisierung würde das Problem wenigstens entschärfen, doch auch dafür gibt es keine Zustimmung durch Soziallandesrat Schrittwieser.

 Impressum/Medieninhaber:  
KPÖ Steiermark, Lagergasse  
98a, 8020 Graz. Verlags- und  
Herstellungsort: Graz. Tel. (0316)  
877 5102; Fax (0316) 877 5108.  
E-Mail: [ltk@stmk.gv.at](mailto:ltk@stmk.gv.at) // DVR:  
0600008

**Offenlegung:** Infoblatt steirischer Landtag – Steirische Volksstimme – ist ein Druckmedium des Landtagsklubs der KPÖ Steiermark und dient der Information der steirischen Bevölkerung im Sinne des Kampfs der KPÖ Steiermark für soziale Gerechtigkeit.  
Das Blatt ist unabhängig von kommerziellen Interessen jeglicher Art und tritt für eine Stärkung und Demokratisierung des solidarischen Sozialsystems und gegen die Privatisierung von öffentlichem Eigentum und öffentlichen Dienstleistungen ein.



## Null-Runde für Banken statt für Gemeindebedienstete!

### LABg. Murrig: Banken und Investoren profitieren von Schulden

Völlig inakzeptabel ist die von den Spitzenverdienern Voves und Schützenhöfer verordnete Nulllohnrunde für Gemeindebedienstete in der Steiermark aus Sicht der KPÖ. Werner Murrig hat deshalb in der Landtags-sitzung am 13. Dezember eine Dringliche Anfrage an LH Voves eingebracht.

Darin stellte er die Rechtmäßigkeit der Vorgangsweise in Frage. „Die Nulllohnrunde könnte sich als nicht verfassungskonform erweisen. Klar ist aber unabhängig davon, dass die Politik von LH Voves nichts mehr mit sozialdemokratischen Grundsätzen zu tun hat, deshalb läuft ihm auch die Parteibasis davon. Die KPÖ ist für Nulllohnrunden, aber nicht für Landes- und Gemeindebedienstete, sondern für das Finanzkapital. Die Gemeindebediensteten sind im Gegensatz zu Voves und Co. keine privilegierte Gruppe. Viele von ihnen haben bescheidene Einkommen und werden aufgrund der starken Teuerung viel verlieren. Nicht für die Gemeindebediensteten, sondern für die Banken und Investoren sollte es eine Nulllohnrunde geben. Diese machen riesige Gewinne mit den in die Höhe getriebenen Zinsen.“

Bestätigt fühlt sich KPÖ-LABg. Werner Murrig durch die Verfassungsklage der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten gegen die von Voves und Schützenhöfer verordnete Nulllohnrunde. Diese ist eine Reaktion auf den Unmut der Basis über den Umfall der ÖGB-Führung, die – aus offensichtlichen parteipolitischen Gründen – die Gewerkschaftsmitglieder im Regen stehen lassen wollte.

# Murrig: Tariferhöhung bei Strom nicht nachvollziehbar

## 6. Strompreiserhöhung unter LH Voves bei sinkenden Großhandelspreisen

*Bereits zum sechsten Mal wird unter Landeshauptmann Voves der Strompreis für die Kundinnen und Kunden der EStAG erhöht, auch die Energie Graz zieht mit. 4,3 Prozent mehr wird dann der Strom ab 1. März 2012 kosten, obwohl die Großhandelspreise stark gesunken sind.*

Das kritisierte KPÖ-LABg. Werner Murrig nach Bekanntwerden der neuerlichen Teuerung. Die Teuerung geschieht zu einem Zeitpunkt, an dem die meisten anderen Stromlieferanten ihre Preise senken. Johannes Mayer von der E-Control nennt die Tariferhöhung laut Medienberichten „nicht nachvollziehbar“ und verweist auf die Preisentwicklung an der Strombörse, wo die Preise auf sehr niedrigem Niveau sind und weiter sinken. Werner Murrig: „Alle Preise und

Gebühren werden ‚angepasst‘, nur die Gehälter nicht. Die öffentlichen Energieversorger werden missbraucht, um eine versteckte Massensteuer einzuhoben. Das Land und die Stadt Graz belasten die Bevölkerung, um Budgetkosmetik beim selbst gemachten Haushaltschaos zu betreiben.“

„Voves und Schützenhöfer haben jeglichen Bezug zur Realität der arbeitenden Menschen in der Steiermark verloren. Löhne und Gehälter bleiben seit Jahren hinter den steigenden Lebenskosten zurück, die Armut steigt mit erschreckender Geschwindigkeit an. In einer solchen Situation sollte die Landespolitik mit ihrem Stromversorger gegensteuern, statt mit ständig neuen Belastungen die Misere noch zu vergrößern. Wirtschaftlich ist die sechste Energiepreiserhöhung unter Voves jedenfalls nicht zu rechtfertigen“, so der KPÖ-Abgeordnete.



LABg. Werner Murrig kritisiert Strompreiserhöhungen

## Strahlenbelastung: „Röntgenpass“ soll Impfpass ergänzen

Auch wenn Röntgeneräte und Computertomographien mit immer weniger radioaktiver Strahlung auskommen, sind die Untersuchungen doch nicht nebenwirkungsfrei. Der Körper vergisst radioaktive Strahlung nicht, die Strahlendosis summiert sich im Laufe eines Lebens. Deshalb hat die KPÖ im Steiermärkischen Landtag angeregt, mit dem Bund über die Einführung eines Strahlenpasses zu verhandeln. In der Sitzung am 13. Dezember wurde der An-

trag einstimmig angenommen. So wie die Aufzeichnungen im Impfpass oder die Aufklärung über Nebenwirkungen von Medikamenten absolut notwendig sind, sollte es auch mit dem Röntgenpass gehandhabt werden. Durch diese fundierte Information im Röntgenpass kann auf die individuelle Situation jedes Patienten/jeder Patientin eingegangen werden, unnütze und kostenintensive Mehrfachuntersuchungen könnten außerdem vermieden werden.



Voves vergisst Wahlversprechen

Die KPÖ erinnert daran, dass eine Woche vor Weihnachten stillschweigend 500 Milliarden Euro zur Stützung europäischer Banken ausgeschüttet wurden. Eigentümer, Investoren und Spekulanten erhalten eine bequeme Vollkaskoversicherung für ihre riskanten Geschäfte. Dafür müssen die steirischen Stromkundinnen und -kunden letztendlich bezahlen.

## Joanneum: Kürzung bei kleinsten Einkommen

Erst mit 1.1.2007 konnte für die so genannten Vigilantinnen und Vigilanten im Joanneum ein Anstellungsverhältnis erkämpft werden. Die KPÖ setzte sich in der vergangenen Periode im Landtag mit Erfolg dafür ein, die Lage der vorher prekär Beschäftigten im Museumsbereich zu verbessern. Nun sieht eine Vereinbarung zwischen dem Land und der Joanneum GmbH vor, diese Gruppe von Beschäftigten erneut zu benachteiligen. Zwar ist eine Wertanpassung beim Personalaufwand vorgesehen, die VigilantInnen sind aber ausdrücklich davon ausgenommen. Ein Antrag von KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler gegen diese Vorgangsweise scheiterte an den „Reformpartnern“.



# Tag der offenen Konten 2011

Zum 14. Mal legen die KPÖ-Mandatare am „Tag der offenen Konten“ die Belege für die Verwendung ihrer Politbezüge offen. Nach Ernest Kaltenecker, der diese Praxis 1998 eingeführt hatte, halten sich auch Stadträtin Elke Kahr und die Landtagsabgeordneten Claudia Klimt-Weithaler und Werner Murgg an die Richtlinie, dass der Großteil ihrer Politgehälter für in Not geratene Menschen verwendet wird.

Im Jahr 2011 haben sie insgesamt € 115.895 für diesen Zweck 959 Personen zur Verfügung gestellt. In Summe wurden seit 1998 von den Mandatarinnen und Mandataren der KPÖ insgesamt € 1.229.521 an 8.721 Personen ausbezahlt.

Die KPÖ will damit zeigen,



**Traditioneller Tag der offenen Konten der KPÖ: KPÖ-Mandatar/innen (LAbg. Claudia Klimt-Weithaler, Stadträtin Elke Kahr, LAbg. Werner Murgg) gaben Auskunft über die Verwendung ihrer Einkommen.**

dass es auch anders geht. Viele Politikerinnen und Politiker verdienen so viel Geld, dass sie einfach nicht mehr wissen, wie es ist, mit einem kleinen oder

„normalen“ Einkommen auskommen zu müssen. Es ist kein Zufall, dass diese Abgeordneten eine Belastung nach der anderen erfinden und Tarife und Ge-

bühren jedes Jahr erhöhen. Von einer Senkung der Politgehälter, wie sie die KPÖ mehrmals beantragt hat, wollen SPÖ, ÖVP, FPÖ und Grüne nichts wissen.

## Landesregierung hat jegliches Interesse an Gestaltung verloren

**Klimt-Weithaler: Klage von Chance B ist trauriger Beweis für Gleichgültigkeit der Landespolitik**

**Die Verträge, welche Soziallandesrat Schrittwieser den mit der Betreuung von Menschen mit Behinderung betrauten Organisationen angeboten hat, sind nicht kostendeckend. Der Verein Chance B hat deshalb eine Klage gegen das Land eingebracht. Bemühungen um eine außergerichtliche Lösung haben zu keinem Ergebnis geführt, weil von Seiten der Landespolitik offenbar kein Interesse mehr besteht, mit den Betroffenen eine Lösung zu finden.**

Die Chance B ist ein Beispiel für ein gelungenes Modell, das nun der Politik von Voves, Schützenhöfer und Schrittwieser zum Opfer zu fallen drohe. Mehr als 220 Personen finden dort jährlich Arbeit, können selbständig leben, zahlen Steuern und Sozialversicherung. Eine erfolgreiche Klage würde die „Reformpartner“ zwingen, die Leistungsverträge so zu verhandeln, dass die Trägervereine nicht in den Ruin getrieben werden. Andernfalls drohe ein Rückschritt von 20 oder 30 Jah-

ren in der Behindertenpolitik, so die KPÖ-Abgeordnete.

Seit Bestehen der selbst ernannten Reformpartnerschaft gibt es in der Landespolitik nur noch ein Thema: Wie können Sozialstaat, Demokratie und Lebensqualität am schnellsten abgebaut werden, um noch mehr Geld zur Absicherung der Finanzmärkte zur Verfügung zu haben. Die daraus resultierende Schuldenfalle der öffentlichen Haushalte wird den Gestaltungsspielraum der Politik für lange Zeit einengen. Die politische Bankrotterklärung von Voves und Schützenhöfer erfolge offenbar noch vor der finanziellen, so Klimt-Weithaler. Claudia Klimt-Weithaler: „Entweder bekommen Menschen mit Behinderungen in Zukunft die ihnen zustehenden Leistun-

gen nicht mehr, oder die Träger werden vom Land in den Ruin getrieben. Das ist die Realität des Sparpaketes. Ob Familien-, Gesundheits-, Bildungs-, Frauen-, Umwelt- oder Sozialpolitik, die Landesregierung hat jegliches Interesse, das Zusammenleben der Menschen zu verbessern und aktiv zu gestalten, verloren. Schützenhöfer, Schrittwieser und Co. geht es nur noch darum, abzuwickeln, was in den vergangenen Jahrzehnten aufgebaut wurde. LH Voves erklärt uns sogar in Zeitungsinterviews, dass er die Kompetenzen des Landtags sowieso lieber nach Brüssel auslagern möchte, wo dann die lästige demokratische Legitimation wegfällt, die derzeit noch die eine oder andere Entscheidung bremst.“

Österreichische Post AG / Sponsoring.Post • BenachrichtigungsPA  
8020 Graz VNr: 07Z037205

Platz für Adressaufkleber

+Mindestsicherung  
**Sozialhilferechner**  
<http://www.mindestsicherungsrechner.at/> **Steiermark**

